

Garantien für Batterie-Haltbarkeit bei E-Autos gefordert

GENÈVE (dpa) - Die EU, die USA, China und andere Länder wollen Hersteller von Elektro- und Hybridautos auf eine Mindesthaltbarkeit der darin verbauten Batterien verpflichten. Darauf einigten sie sich im Weltforum für die Harmonisierung von Fahrzeugvorschriften der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (Unece) in Genf prinzipiell. Über den Textentwurf für eine verbindliche Regel muss im März 2022 noch formell abgestimmt werden. Länder, die zustimmen, müssten die Vorgabe in die nationale Gesetzgebung übernehmen. Die Regel könne dann schon 2023 in Kraft treten, erklärte Unece am Freitag in Genf.

Laut Entwurf müssten Autohersteller dann nachweisen, dass die Batterien in ihren Elektro- und Hybridfahrzeugen über bestimmte Zeiträume oder gefahrene Kilometer nicht zu viel Kapazität verlieren - weniger als 20 Prozent Kapazität über fünf Jahre oder 100 000 Kilometer beziehungsweise weniger als 30 Prozent über acht Jahre oder 160 000 Kilometer. „Das würde den Einsatz von qualitativ schwachen Batterien verhindern“, teilte Unece mit.

Es sei die erste internationale Regulierung zu Batterieentleerung. Hinter dem Vorschlag stünden neben der EU, den USA und China auch Japan, Kanada, Südkorea und Großbritannien. Nach Angaben von Unece wurden im vergangenen Jahr drei Millionen Elektro- und Hybridfahrzeuge verkauft. In Europa liege der Marktanteil bereits bei zehn Prozent.

Kurz berichtet

Trotz Verlust hält EnBW an Jahresprognose 2021 fest

KARLSRUHE (dpa) - Trotz weiter schwacher Windverhältnisse und einem Minus in der Bilanz nach den ersten neun Monaten bleibt der Energieversorger EnBW bei seinen Zielen für dieses Jahr. „Ich bin zuversichtlich, dass wir zum Ende des laufenden Geschäftsjahres weiter zulegen können und in 2021 dann die fünfte Ergebnissteigerung in Folge schaffen werden“, sagte Finanzvorstand Thomas Kusterer am Freitag. Das bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen solle zwischen 2,825 und 2,975 Milliarden Euro und damit zwei bis sieben Prozent über dem Vorjahr liegen. In den ersten drei Quartalen erzielte der Konzern den Angaben zufolge einen Umsatz von 18,72 Milliarden Euro - nach 13,68 Milliarden Euro im Vorjahreszeitraum.

Württembergische und Wüstenrot mit Gewinnplus

LUDWIGSBURG (dpa) - Der Finanzkonzern Wüstenrot & Württembergische hat die Belastungen durch die jüngsten Unwetter in Deutschland gut weggesteckt. Von Januar bis September stieg der Überschuss um 39 Prozent auf 236,9 Millionen Euro, wie Vorstandsvorsitzender Jürgen Junker am Freitag in Ludwigsburg mitteilte. So könne man die Belastungen aus den schweren Sturm- und Flutkatastrophen in den Monaten Juni und Juli schon in diesem Jahr bilanziell verarbeiten und dennoch das Ergebnis deutlich verbessern. Die Schäden aus der Sturm- und Flutkatastrophe im Sommer wurden mit einem mittleren dreistelligen Millionenbetrag angegeben.

Deutsche Firmen stecken weniger Geld in Forschung

BERLIN (dpa) - Erstmals seit sieben Jahren sind 2020 die Ausgaben der deutschen Wirtschaft für Forschung und Entwicklung zurückgegangen. Das geht aus einer Erhebung des Stifterverbandes im Auftrag des Bundesforschungsministeriums hervor. Demnach investierten die Unternehmen 71 Milliarden Euro in ihre Forschung. Das waren 6,3 Prozent weniger als im Vorjahr, wie der Verband am Freitag in Berlin mitteilte. Auch das Forschungspersonal sei leicht reduziert worden.

Von Helena Golz

TETTANG/SCHLIER - Ohne Simon Pastorelli würde nichts gehen. Ohne ihn würde es Cornelia Metzler nicht schaffen, den Jungbullen an diesem Morgen in einen anderen Stall zu verfrachten. Dem Tier sind die Beine weggeknickt, es kann nicht mehr von alleine aufstehen und braucht einen Untergrund mit mehr Stroh, um sich zu erholen. Pastorelli, an die zwei Meter groß und verdammt kräftig, bugsiert das Tier über den Hof in den richtigen Stall. „Ohne Simon könnte ich hier zumachen“, sagt Cornelia Metzler und dreht ihre Hand, als würde sie eine Tür abschließen.

Ihr Ehemann, der sonst die Aufgaben auf dem Milchviehhof der Familie in Schlier im Landkreis Ravensburg übernehmen würde, fiel vor einiger Zeit wegen Krankheit aus. Cornelia Metzler hatte plötzlich nicht nur ihre drei Kinder, sondern auch 180 Milchkühe zu versorgen. Doch sie konnte auf ein Hilffsystem vertrauen, das in der deutschen Wirtschaft einmalig ist.

Wenn ein Landwirt wegen Krankheit, Unfall oder Tod ausfällt, springen so genannte Betriebsshelfer ein. Sie übernehmen die Aufgaben, die auf dem Hof anstehen. Zu den Metzlers wurde Betriebsshelfer Pastorelli geschickt: 24 Jahre alt - und einer, der nicht lange fackelt. Das Erste, was er sagte, als er zu den Metzlers kam, war: „Guten Morgen, was muss gemacht werden?“ Und dann ging es auch gleich los: Kühe füttern, melken, das Heu rechtzeitig mähen, Gülle ausbringen, die Ställe einstreuen.

Simon Pastorelli ist einer von insgesamt vier Betriebsshelfern, die beim Maschinenring Tettang angestellt sind. Maschinenringe sind Vereinigungen, in denen sich Höfe zusammenschließen, um Landmaschinen gemeinsam zu nutzen und sich mit Arbeitskräften gegenseitig zu stützen. Der Geschäftsführer des Tettanger Maschinenrings, Hubert Hengge, erklärt, wie das System der Betriebsshelfer funktioniert: „Wir bekommen zum Beispiel einen Anruf vom Landwirt, der sagt: ‚Ich bin verunfallt, oder ich muss ins Krankenhaus, ich brauche dringend eine Hilfe‘. Dann schauen wir, ob wir eine Kraft frei haben, die wir zu dem Betrieb schicken können.“

Dabei gehe es teilweise um jede Minute, vor allem, wenn es sich um einen Milchviehbetrieb handelt. „Bei der Milchkuh ist Alarmstufe Rot, weil die Tiere zum einen gefüttert und zum anderen pünktlich gemolken werden müssen“, sagt Hengge. „Da kann keiner sagen, die Arbeit verschieben wir jetzt. Da geht es schließlich um das Leben von Tieren.“ Aber auch beim Pflanzenbau sei es wichtig, dass jemand rechtzeitig einspringt. „Wenn im Obst- oder Pflanzenbau eine Pflanzenschutzmaßnahme zu machen ist, dann muss die meist zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt gemacht werden. Und allein eine verpasste Pflanzenschutzmaßnahme könnte zumindest die Qualität, aber auch den Ertrag des gesamten Jahres gefährden“, sagt Hengge.



Betriebsshelfer Simon Pastorelli bei der Arbeit auf einem Milchviehbetrieb. Hubert Hengge, Geschäftsführer des Maschinenrings Tettang (unten rechts): Helfer werden verzweifelt gesucht.

FOTOS: HELENA GOLZ/MASCHINENRING TETTANG

Wegen dieser in der Landwirtschaft speziellen Dringlichkeit übernimmt die landwirtschaftliche Sozialversicherung (SVLFG) mit Sitz im nordhessischen Kassel die Kosten für einen Betriebsshelfer für ihre versicherten Landwirte.

Der zwischengeschaltete, lokal organisierte Maschinenring vermittelt dann die Betriebsshelfer. „Das heißt, wir machen den Einsatz bei dem Betrieb, wir rapportieren die geleisteten Stunden in diesem Betrieb und rechnen sie als Einsatzstelle dann über die Krankenkasse ab“, erklärt Hengge. Die SVLFG zahlt dabei nicht nur für den Ersatz eines verhinderten Landwirts, sondern auch,

wenn die Hausfrau oder der Hausmann am Hof ausfällt. Von 2014 bis 2019 seien im Durchschnitt pro Jahr rund 63 000 Einsätze für Betriebs- und Haushaltshilfe bewilligt worden, heißt es bei der Versicherung.

Das Problem aber ist, dass es mittlerweile immer weniger Betriebsshelfer gibt. Der Maschinenring Tettang zählt rund 1000 Mitgliedsbetriebe, aber eben nur vier Betriebsshelfer. Früher habe man die Arbeiter aus den landwirtschaftlichen Betrieben rekrutieren können, sagt Hengge. Wenn zum Beispiel der Hofnachfolger nach der landwirtschaftlichen Ausbildung noch nicht gleich in den elterlichen Betrieb eingestiegen ist,

weil der Vater noch jung war. Dann habe der oder die Nachfolgerin oft übergangsweise als Betriebsshelfer gearbeitet. „Bis vor einigen Jahren hat das funktioniert“, sagt Hengge, „jetzt ist Ende Gelände.“

Heute müsse der Nachwuchs „gleich Vollgas“ auf dem elterlichen Hof mitarbeiten, „weil die Betriebe mittlerweile unter einem so starken Druck stehen. Sie müssen ständig neue Anforderungen erfüllen und einfach schauen, dass sie ein gewisses Wachstum hinbekommen, sonst scheiden sie aus“, sagt Hengge.

Im Umkehrschluss bedeutet das für den Geschäftsführer des Maschinenrings und sein Team, dass sie die

Retter in Gummistiefeln

Betriebsshelfer unterstützen Bauernhöfe, wenn der Landwirt erkrankt - Doch es wird immer schwieriger, Leute für den Knochenjob zu finden

Nadel im Heuhaufen finden müssen. Nämlich Menschen, die sich auskennen, die eine landwirtschaftliche Ausbildung absolviert haben, die auf keinem elterlichen Hof erwartet werden, die „voll motiviert“ sind und die kein Problem damit haben, sich wöchentlich oder monatlich neu auf einem anderen Hof einzuarbeiten. Außerdem müssen es Menschen sein, die laut Hengge die „emotional-psychische Herausforderung“ meistern, auf einen Hof zu kommen, auf dem die Familie gerade mit einer Krankheit, dem Unfall oder gar dem Tod des Landwirts konfrontiert ist. Der Maschinenring muss also jemanden finden wie Simon Pastorelli.

Nachdem Pastorelli an diesem Morgen das Jungtier versorgt hat, rollt er einen riesigen Heuwagen durch den Stallgang und hievt den erwartungsvollen Kühen mit der Gabel das getrocknete Grün vor die Mäuler. Seit sechs Jahren ist er als Betriebsshelfer tätig. Seine Eltern besitzen keinen landwirtschaftlichen Betrieb. Jedoch war Pastorelli als Kind und Jugendlicher häufig auf dem Hof seines Onkels, „immer in den Ferien“, bis er sich selbst zu einer landwirtschaftlichen Ausbildung entschloss. „Bei der Landwirtschaft“, sagt er, „da sieht man, was man macht. Man sieht, wie etwas wächst.“

Kurz nach seiner Ausbildung fing Pastorelli als Betriebsshelfer an und bereut es nicht. „Ein eigener Betrieb, das ist so schwierig“, sagt Pastorelli, „da braucht man so viel Startkapital.“ Als Betriebsshelfer dagegen „kommst du rum“, sagt er, „da hast du Abwechslung und bist nicht gebunden“. Gleichzeitig trägt der 24-Jährige schon viel Verantwortung, schließlich ersetzt er den Chef am jeweiligen Hof. „Der Betriebsshelfer ist der Bauer auf Zeit, verantwortlich für den Betrieb. Er ist Landwirt und hat trotzdem die sozialen Annehmlichkeiten wie Lohnfortzahlung und Urlaub“, sagt Hubert Hengge.

Da es allerdings so wenige Helfer gibt, kann es vorkommen, dass sich Pastorelli und seine Kollegen ihre wertvolle Zeit aufteilen müssen: Morgens den Stall beim Betrieb A herrichten, nachmittags Obstbau bei Betrieb B. Das sei okay, „ich kenn es nicht anders“, sagt Pastorelli.

Wenn etwas für ihn an dem Job herausfordernd sei, dann sei es die Technik. Schließlich muss sich Pastorelli auf jedem Hof schnell mit den jeweiligen Maschinen bekannt machen, und bei einem Schlepper dreht man heute längst nicht mehr den Schlüssel, legt den Gang ein und los. Nein, stattdessen gibt es Joystick und Display. In den Ställen stehen Melkroboter und „des ich schon a weng tricky dann“, sagt Pastorelli.

Falls etwas an technischem Know-how fehlen sollte, macht Pastorelli das aber allein durch seine Art die Dinge anzupacken wett. Hinfahren, erledigen, helfen. Das ist selbstverständlich für den jungen Mann. Dass seine Hilfe in irgendeiner Weise ausgenutzt werden könnte, sei definitiv nicht der Fall, sagt Pastorelli. Denn er weiß: „Ein Landwirt fällt nur aus, wenn er auch wirklich, wirklich etwas hat.“

Die Gefahr der Baby-Boomer-Lücke

Institut der deutschen Wirtschaft warnt vor einem sich verschärfenden Facharbeitermangel - Notwendig seien Investitionen in die Bildung

Von Brigitte Scholtes

FRANKFURT - Zwischen 2025 und 2035 gehen die geburtenreichen Jahrgänge der Nachkriegszeit, die „Baby-Boomer“, in Rente. Das könnte den Wohlstand der Bevölkerung erheblich schmälern, wenn die Politik jetzt nicht handele, mahnt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

2035 gebe es etwa fünf Millionen weniger Menschen im Alter zwischen 18 und 67 Jahren, heißt es in einer aktuellen Studie des Instituts. Die Zuwanderung nach Deutschland werde die Entwicklung nicht aufhalten können. Die Folgen: Schon bestehende Fachkräftengpässe würden sich verschärfen. Die demografische Entwicklung schaffe zusätzliche Belastungen in den sozialen Sicherungssystemen und bei der Finanzierung des Staatshaushalts, warnt IW-Präsident Michael Hüther. Deshalb dürfe die Bundesregierung nicht passiv bleiben. Mit einer innovations-

und investitionsfreundlichen Politik könne der Lebensstandard im Jahr 2035 jedoch um etwa 3000 Euro je Einwohner höher ausfallen als bei einem „Weiter-so“, heißt es der Studie, die gemeinsam mit Step-Stone, New



Fachkraft im Maschinenbau: Von 2035 an könnte die Mitarbeitersuche schwierig werden.

FOTO: DPA

Work SE und Kienbaum Consultants International entstanden ist.

Das ist das positive Szenario. Die Wissenschaftler haben zwei weitere simuliert. Im Basis-Szenario rechnen sie mit einem schrumpfenden Arbeitsvolumen von 2025 an. Das bremst das Wirtschaftswachstum, gleichzeitig aber steigt der Kapitaleinsatz. Es kommen also mehr Maschinen und Werkzeuge zum Einsatz. Doch weil Fachkräfte fehlen, gibt es weniger Innovationen. Das Pro-Kopf-Einkommen steigt wegen der geringeren Zahl an Arbeitnehmern nur noch um ein Prozent pro Jahr: „Würde es in den kommenden Jahren genauso stark wachsen wie in den vergangenen drei Dekaden, dann läge der Lebensstandard im Jahr 2035 um gut 1600 Euro je Einwohner höher.“

Im schlechtesten Fall, wenn die deutsche Wirtschaftspolitik nicht handelt, wird das Wachstum durch ein schlechteres Investitionsklima und investitionshemmende Entschei-

dungen gebremst. Die strukturelle Arbeitslosigkeit werde steigen, die Industriebasis erodieren. „All dies kostet Wohlstand“, sagt sich Hüther und rechnet vor, dass es dann zu einem Wohlstandsverlust von 4000 Euro je Einwohner im Jahr 2035 kommen könnte. Zwischen dem positiven und negativen Szenario liege also ein Unterschied von 7000 Euro beim Niveau des Pro-Kopf-Einkommens.

Was also tun? Die Ökonomen raten, Kindertagesstätten und Schulen weiter auszubauen, denn dann könnten viele Eltern Vollzeit statt Teilzeit arbeiten. Zuwanderer könnten die Lücke bei den Fachkräften schließen helfen. Lebenslanges Lernen und gezielte Weiterbildungen würden ältere Beschäftigten helfen, längerfristig für ihre Arbeit fit zu bleiben. Und schließlich brauche es optimale Bedingungen für private Investitionen, eine bessere öffentliche Infrastruktur und gute Marktzugangschancen für Unternehmen, die In-

novationen anbieten, heißt es in der Studie: „Die künftige Bundesregierung ist gefordert, auf die Schrumpfung der Bevölkerung zu reagieren. Erst dann können auch die Unternehmen ihre Hausaufgaben erledigen“, glaubt IW-Direktor Michael Hüther. „Ein Weiter-so kostet uns alle Wohlstand und kann nicht im Interesse der Politik sein.“

Damit das gelinge, müssten sich aber auch die Unternehmen vorbereiten, sagt Petra von Strombeck, Chefin von New Work: „Wir brauchen nicht weniger als eine Unternehmenskulturrevolution am Arbeitsmarkt.“ Denn Unternehmen, die sich nicht verändern, hätten in Zukunft keine Mitarbeiter mehr: „Beschäftigte suchen sich heute den Arbeitgeber, der kulturell zu ihnen passt“, meint sie. Diese Tendenz habe sich durch Corona noch verstärkt. Doch seien diese Konsequenzen einer alternden Gesellschaft bei vielen Unternehmen noch nicht angekommen.